

Mittwoch, den 25. Januar 1928

# Arbeiterfragen vor dem Landtag

## Verschleppung des kommunistischen Antrages für die Riela-Gröbizer Ausgesperrten — Zuschauung der sächsischen Erbsparrenten an ausländische Kapitalisten — Steuerfreiheit für Arbeitervereine gefordert — Die kommunistischen Erwerbslosenansprüche zur Annahme empfohlen

### 60. Landtagsitzung

Dresden, den 24. Januar.

Entgegen der Erklärung des Landtagspräsidenten Schwarz in der letzten Landtagsitzung ist der kommunistische Antrag auf Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die ausgesperrten Riela-Gröbizer Arbeiter nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden.

#### Genosse Wötter

protestiert deshalb aufs Schärfste gegen diese Verschleppung eines für die Arbeiterfrage wichtigen Antrages, besonders angesichts der Tatsache, daß der Kampf der Hüttenarbeiter um ihre Existenz sich ausbreitet. Er beantragt, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Welche dies nicht, so charakterisierte sich dieser Landtag wieder einmal offen als

#### Anwalt des Großkapitals.

Der Einspruch der Bürgerlichen von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten verhindert dennoch die Beratung des Antrages. (Fünf-Rufe b. d. Komm.) Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Anfrage der kommunistischen Fraktion wegen

#### Ausbeutung des Erbsparrenten im Erzgebirge

durch ausländische Firmen behandelt. In der Begründung weist Genosse Lieberlich darauf hin, daß zur Zeit, als die Kommunisten die Ausbeutung vorhandener Erbsparrenten durch den Staat verlangt hatten, die Regierung erklärt habe, daß dies nicht lösbar wäre. Damit haben sich alle Parteien außer den Kommunisten zufrieden gegeben. Jetzt stellt sich heraus, daß an den betreffenden Stellen am Fichtelberg ein englischer Kapitalist großzügige Untersuchungen durch seine Ingenieure anstellen läßt. Dies kann zweifellos nicht ohne Einverständnis der Regierung geschehen sein, denn die Regierung hat 3 Fortschrittsarbeiter, weil sie den Ingenieuren des englischen Unternehmens nicht genügend entgegenkommen sind. (Hört, hört! b. d. Komm.) Int. Kupfer, Magnetit etc. ist bereits gefunden worden. Es ist unklar, daß die Regierung nicht die Erbsparrenten im eigenen Lande nachprüft, sondern es Privatkapitalisten überläßt! (Sehr richtig! b. d. Komm.) Die sächsische Bergakademie beschäftigt sich mit den Erbsparrenten in allen Ländern, nur nicht mit denen in Sachsen. Wir fragen: An wieviel private Firmen ist das Schurfsrecht im Erzgebirge verliehen worden? Wir verlangen, daß die Arbeiter dieses Gebietes neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Staat erhalten. Diese Regierung scheint aber nur die Werte Privatunternehmern zuzuwenden zu wollen.

#### Genosse Lieberlich

Charakteristisch ist die privatkapitalistische Unterstützung des Finanzministers und unterliegt die Haltung der Regierung einer scharfen Kritik, denn umsonst, ohne Aussicht auf Gewinn, würden die Privatkapitalisten sich nicht um „Erforschung“ des Erzgebirges bemühen, während die Regierung den Privatunternehmern bewußt die Lebensgrundlage wegnimmt. Die Behauptung, daß dafür kein Geld da sei, widerlegt sich durch die Finanzpolitik der Regierung selbst, die genügend Geld für Unternehmertum hat. (Hört, hört! b. d. Komm.) Wir fordern, daß die Regierung die Erbsparrenten im Erzgebirge selbst prüft. (Sehr richtig! b. d. Komm.)

#### Genosse Köhler

daß diese die Forderung der Hebung des Einkommens der Beschäftigten nicht mehr entsprechen. Die Regierungskoalition hält nun eine ganz geringfügige „Aufbesserung“ für erforderlich. Das Gehalt wird wiederum an den Ausschuss zurückverwiesen.

Es folgen nun die zweiten Beratungen einer Anzahl von zum Teil wichtigen Anträgen. Die Bestimmungen darüber werden jedoch auf die Donnerstagtagung verschoben, da eine größere Anzahl deutschnationaler Abgeordnete wegen Teilnahme an einer Landtagsabstimmung entschuldigt sind.

Zunächst wird Bericht über die Beratungen eines Antrages Lippe über die Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates im Ausschuss B erstattet, wonach die Forderungen des Antrages auf stärkere Vertretung sächsischer Wirtschaftskräfte im Rat von der Mehrheit angenommen wurde. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Schaffung einer partiellistischen Zusammenfassung war bei bürgerlicher Stimmhaltung angenommen; ein Antrag auf Wegfall der Abteilung 3, die reinen Unternehmercharakter besitzt, wurde abgelehnt. Die Kommunisten lehnten im Ausschuss grundsätzlich den Antrag Lippe ab, da der Reichswirtschaftsrat ein kapitalistisches Instrument darstellt, das allein den Kapitalisteninteressen dient.

Die Wiederinbetriebnahme der Zuleitungen Baugen hatte die kommunistische Fraktion am 7. Dezember 1926 in einem Antrag gefordert, der jetzt erst im Ausschuss zur Beratung gekommen war.

#### Genosse Opik

erklärt als Berichterstatter, daß während der vergangenen Zeit der Forderung der Kommunisten Rechnung getragen worden sei und deshalb der Ausschuss beantragte, die Angelegenheit für erledigt zu erklären. Es folgt die Ausschussberichterstattung über die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Steuerbefreiung von gemeinnützigen Arbeiterbildungs- und Kulturanstalten, Weiterbildung, und Kulturanstalten angenommen wurden. Der die im Ausschuss mit Mehrheit angenommen wurde eine „Deutschnationale“ von Arbeitervereinen und tritt für die nationalstischen Sängerbünde ein.

#### Arbeitslosenfragen

behandelten drei kommunistische Anträge, die der Ausschuss B zur Bearbeitung überweisen erhalten hatte. Der erste Antrag forderte die Aufhebung der Ausschussberichterstattung über die Erwerbslosenfragen und die Aufhebung des kommunistischen Antrages auf Abschaffung des kommunistischen Antrages dem Ausschuss A zu überweisen, im übrigen den kommunistischen Antrag unverändert anzunehmen.

Weiterhin beantragt der Ausschuss, die Regierung zu ersuchen, der Hochwasserregulierung der Elbe bei Leipzig ihre Aufmerksamkeit zu widmen und den weiteren Antrag der kommunistischen Abgeordneten Opik, Lieberlich und Schreiber auf Durchführung der Währungsreform zwischen Klassenbach-Stollberg aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge und den Anliegern ein Darlehen aus Staatsmitteln zu sprozentiger Verzinsung als Anlieger-Anteil in Höhe von einem Fünftel der Baukosten zu bewilligen, der Regierung als Material zu überweisen.

#### Genosse Schreiber, Oberwächter

erstattet Bericht über die Ausschussberatung des kommunistischen Antrages, der von der Regierung verlangt, daß diese die Zurückziehung der Verordnung bei der Reichsregierung verlangt, die die Erhöhung der Wartezeit auf drei Wochen für die Arbeiter vorzieht und weiterhin sich dafür einsetzt, daß die Wartezeiten überhaupt aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz herausgenommen werden. Dieser Antrag ist bei bürgerlicher Stimmhaltung im Ausschuss mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Interessant ist aber, daß der Sozialdemokratische Stimmgeber grundsätzlich nicht gegen die Verordnung Stellung genommen hat, sondern nur dem Antrag zustimmte, weil die Verordnung „zu plöcklich“ erlassen worden ist und die Bauarbeiter nicht genügend Zeit gehabt hätten, sich darauf „vorzubereiten“. (Hört, hört! b. d. Komm.) Schließlich erstattet noch Genosse Opik Bericht über die Beratung des kommunistischen Antrages auf Änderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und Besserung der Verhältnisse der Notstandsarbeiter im Ausschuss B. Die Mehrheit des Ausschusses hat den Antrag abgelehnt, dafür aber einen „Pflaumenweigen“ angenommen, wonach die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei den §§ 92 und 93 des Gesetzes bestehende Härten beseitigt werden und beim Landesamt für Arbeitsermittlung dahin zu wirken, daß den Notstandsarbeitern die tarifliche Vergütung, insbesondere die tarifliche Ausbildung gewährt werden. Eine sozialdemokratische Anfrage wegen der tariflichen Formulare der Reichsanstalt für Arbeitsermittlung wird von der Regierung dahingehend beantwortet, daß die Regierung keinen Einfluß auf die Maßnahmen der Reichsanstalt hat. Zur Erhöhung der Wartezeit erklärt die Regierung, daß diese vom Reichsarbeitsminister veranlaßt wurde. Die Regierung erklärt sich bereit, die Bedenken über diese Maßnahme dem Reichsarbeitsminister zu unterbreiten.

#### Genosse Opik

weist auf die Tatsache hin, daß das Steigen der Erwerbslosen durch das Abblauen der Konjunktur anknüpft. Gegenwärtig hat Sachsen 123 479 unterstützte Erwerbslose. Dies zeigt, daß trotz Nationalisierung die Krise wieder herannaht. Trotz dieser Tatsache, die der Arbeiterfrage besondere Aufgaben stellt, treibt die Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der reformistischen Gewerkschaftsführer in allen kapitalistischen Ländern nach wie vor die Politik des Wirtschaftsfriedens mit den kapitalistischen Machthabern. In Deutschland zeigt sich dies besonders deutlich. Während unter dem Druck der Arbeiter die USPD-Leute sogar aus dem Reichsbanner fliehen, klagen die Sozialdemokraten in den freien Gewerkschaften nach wie vor die USPD-Gewerkschaftsführer, die dort ihre stärksten Positionen haben. Der Bürgerblock, dem wir heute die SPD wieder ihren Raus aus der politischen Ver-

antwortet Siegnoth in treffender Weise. Er stellt fest, daß die Kommunisten für die Stärkung der Gewerkschaften und ihres Einflusses in der Arbeiterfrage eintreten, indem diese für die Befreiung der letzten reformistischen Führung kämpfen. Die Aufgabe der Gewerkschaften in einem Arbeiterstaat müßte naturgemäß andere sein als unter kapitalistischer Herrschaft. Das Richtige aber ist und bleibt, daß die sozialdemokratischen Führer der deutschen Gewerkschaften diese nicht zu einem proletarischen Kampfinstrument gegen das Unternehmertum, sondern zu einem Capitulanten kapitalistischer Macht ausgebaut haben. Deshalb erweisen sich bei allen wichtigen Kämpfen heute noch die Gewerkschaften nicht als Waffen für die Arbeiter. Die Kommunisten betrachten es als ihre Aufgabe, die Gewerkschaften wieder zu Instrumenten des Klassenkampfes zu machen und so wieder das Vertrauen der breiten Masse der Arbeiter zu ihrer eigenen Kraft zu stärken. Während in Rußland die Gewerkschaften den Arbeitern die Möglichkeit geben, ihre Schicksalhaftigkeit zu heben, um gegen jeden Angriff auf den Arbeiterstaat gewappnet zu sein, bewaffneten Sozialdemokraten — wie Roste und Hörling — in Deutschland die Konterrevolution, um die Bourgeoisie vor den Angriffen der Arbeiter zu schützen. Daß das ein grundlegender Unterschied ist, wird nur ein Sozialdemokrat vom Schlage des Herrn Siegnoth nicht verstehen können! (Beifall) (Beifall b. d. Komm.)

#### Genosse Schreiber

Damit wird die Debatte geschlossen. Die Abstimmungen über die Anträge werden in der Donnerstagtagung vorgenommen werden.

## Auf der Drehscheibe

Die Deutsche Volkspartei in Sachsen führt in der Frage des Reichshulgesetzes harte innere Kämpfe durch. Die Hälfte der Partei — mit Dr. Kaiser an der Spitze — macht Propaganda gegen einschneidende Paragraphen des Reichshulgesetzes, insbesondere gegen die Ausnahmebestimmungen für Sachsen. Auf der anderen Seite kämpfen die Männer des rechten Flügels für die vorbehaltlose Zustimmung zum Reichshulgesetz. Die ehemaligen Nationalliberalen halten an ihren Traditionen fest. Sie wollen auch heute noch als Partei Drehscheibe ihren Ruhm bewahren. Vor einigen Tagen noch wurde der sächsische Volksbildungsminister Dr. Kaiser als Redner bei einer Kundgebung gegen das Reichshulgesetz angeführt. Nunmehr veröffentlicht die bürgerliche Presse am Dienstag eine sächsische Kundgebung für das Reichshulgesetz. Diese Kundgebung steht für die unbedingte Annahme des Reichshulgesetzes Entwürfes ein. Der Aufruf ist eine Aktion gegen den linken Flügel der Volkspartei. Unterzeichnet ist diese Kundgebung von den Mitgliedern der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Professor Hildmann, Bergdirektor Lippe und anderen.

Auf Grund der Zuspitzungen der Differenzen sieht sich nunmehr die „Sachsenstimme“, das offizielle Parteiorgan der Deutschen Volkspartei für Sachsen, gezwungen, zu den Differenzen Stellung zu nehmen. Das Blatt schreibt hierzu:

Es ist von Anfang an nie ein Geheimnis gewesen, daß die Verteilung einzelner Paragraphen des Schulgesetzes in den Kreisen der Deutschen Volkspartei — genau so wie bei allen anderen Parteien — nicht einheitlich ist und gewesen ist. Diese Meinungsunterschiede pflegt die Deutsche Volkspartei — hier im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien — nicht auf offenem Markte, sondern in ihrem eigenen Kreise zu erörtern, zu klären und auszugleichen.

Die öffentlichen Polemiken, die in der Presse zwischen dem rechten und linken Flügel der Volkspartei ausgefochten werden, strafen die „Sachsenstimme“ üben. Es ist dem Partei-Oberbürgermeister Köhler nicht gelungen, die Differenzen innerhalb der Volkspartei weiterhin zu vertuschen. Die Kämpfe werden längst „auf offenem Markte“ ausgetragen. Hildmann und Lippe sind die Gesandten der volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Heine und Klipp. Prinzipiell hat sich die schmerndlichste Volkspartei mit dem Zentrum geeinigt. Die Kämpfe, die sich jetzt in Sachsen zwischen den verschiedenen Richtungen der Volkspartei abspielen, sind nur ein neuer Beweis für die Tatsache, daß die kleinbürgerlichen Wählerschichten in den großkapitalistischen Parteien rebellieren.

## Die Munitionshiebnungen

### Ein neuer Reichswahlkandidat

Ueber die Munitionshiebnung im Kieler Hafen und deren Hintermannor werden jetzt neue Einzelheiten bekannt, die deutlich beweisen, daß das Reichswahlministerium und in demselben beschuldigte Offiziere (ähnlich wie bei der Rheobus-Affäre) in diesen Skandal verwickelt sind. Die bürgerliche Presse, wie das Berliner Tageblatt, fühlt sich verpflichtet, von vornherein das Reichswahlministerium reinzuwaschen. Indem es schreibt: Das Unwahrheits gegen den Kapitän Lehmann hat offenbar nur geringen Eindruck gemacht und gewisse Stellen innerhalb

der Marineleitung scheinen entschlossen zu sein, hinter dem Rücken der obersten Vorgesetzten (?) ihr unverantwortliches Treiben fortzuführen.

Für die Munitionshiebnung im Kieler Hafen, bei der 17 Waggon Munition (Gewehrpatronen) beschlagnahmt wurden, soll ein aktiver Oberleutnant Vrohe und ein Oberregierungsrat Wenster von der Seetransportabteilung der Marineleitung verantwortlich sein. Um die Unterjochung, wenn es überhaupt zu einer solchen kommt, zu verhindern, bemühen sich diese beiden Munitionshiebnung, mit ihren Hintermännern, die ganze Sache (ähnlich wie bei der Rheobus-Affäre) so hinzustellen, als wenn sie im „Interesse der Landesverteidigung“ geschehen sei. Was daran wahr ist, kann man daraus ersehen, daß selbst das Berliner Tageblatt diese Ausreden als glatten Schwindel abtut und die ganze Munitionshiebnung als ein Geschäft erklärt, bei dem sehr viel Geld verdient werden sollte. Es handelte sich dabei um Hunderttausende von Reichsmark.

Wenn man weiter erfährt, daß der Oberregierungsrat Wenster in Kiel war und mit allen möglichen staatlichen und militärischen Stellen verhandelte, die die Munitionshiebnung erleichtern sollten, und daß dann nur durch eine zufällige Reflexion die „Munitionshiebnung“ als Munition erkannt wurde, so kann man daraus folgern, daß bestimmt nicht nur die beiden genannten Offiziere als die eigentlichen Schleier verantwortlich zu machen sind, sondern daß hinter dem Munitionsskandal in Kiel noch andere Kräfte der Marineleitung und des Reichswahlministeriums stecken, die jetzt aus irgendwelchen Gründen unbedingt getilgt werden sollen. Die Arbeiterklasse fordert genau wie bei der Rheobus-Affäre strengste Untersuchung durch Vertreter der Arbeiterklasse und Veröffentlichung des Ergebnisses.

## Die proletarischen Freidenker für gemeinsame Kundgebung

Wir werden ersucht um Veröffentlichung der folgenden Entschlüsse:

„Die am 18. Januar tagende Mitgliederversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung der Gruppe Altstadt fordert die beiden Arbeiterparteien und den ADGB auf, den 1. Mai 1928 gemeinsam zu feiern. Bei dem geschlossenen Auftreten der kapitalistischen Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse (Bergarbeiterkampf, Eisenbahn- und Hüttenarbeiterstreik) sowie bei der Durchpflanzung des Reichshulgesetzes) muß eine geschlossene Front der Arbeiter entgegengelegt werden. Die Genossinnen und Genossen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung werden die Partei mit allen Mitteln unterstützen, die für eine gemeinsame Kundgebung eintritt. Sie verlangen von den Arbeiterparteien und dem ADGB ihre Stellungnahme sobald als möglich.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die kommunistische Partei hat bereits öffentlich erklärt, daß sie genau so wie im vorigen Jahre darauf bedacht ist, am 1. Mai eine gemeinsame Kundgebung zustande zu bringen. Demgegenüber hat die niederbayerische Gruppe der SPD den Beschluß gefaßt, am 1. Mai 1928 eine eigene Parteidemonstration durchzuführen. Es wird die Aufgabe der sozialdemokratischen Freidenker sein, ihre Führer zu zwingen, dem Willen der Arbeiter zu entsprechen, so daß am 1. Mai ein geschlossener Aufruf der Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, erreicht wird.